



# HESSISCHER LANDTAG

18. 04. 2023

## Kleine Anfrage

**Elisabeth Kula (DIE LINKE) und Saadet Sönmez (DIE LINKE) vom 08.03.2023**

**Integrations- und Erstorientierungskurse in Hessen**

**und**

**Antwort**

**Minister für Soziales und Integration**

### Vorbemerkung Fragestellerinnen:

Am 30.11.2022 schrieb der Hessische Volkshochschulverband e.V. den Hessischen Ministerpräsidenten, den Minister für Soziales und Integration, den Kultusminister sowie die Sprecherinnen und Sprecher für Migration und Integration sowie für Bildung der Fraktionen im Hessischen Landtag per Email an, um auf die drohende Unterversorgung von Zugewanderten mit Deutschkursen im Jahr 2023 aufmerksam zu machen. Auf Grund einer Unterfinanzierung im Bundeshaushalt würden im Jahr 2023 in Hessen alleine 200 Erstorientierungskurse (EOK) für bis zu 4.000 Menschen fehlen. Ab dem 01.07.2023 würde es so voraussichtlich keine Möglichkeit mehr geben, weitere Erstorientierungskurse anzubieten, der Hessische Volkshochschulverband als Zentralstelle für EOK würde handlungsunfähig werden, sowohl bei der Projektadministration als auch bei den Lehrkräften würden durch die Unterfinanzierung personelle Lücken entstehen und der Verlust des qualifizierten und eingearbeiteten Fachpersonals würde selbst bei einer unterjährigen Nachsteuerung nur mit Zeitverzug unter erheblichem Ressourcenaufwand wieder auszugleichen sein. Alleine in Hessen würde so eine Finanzierungslücke von 4,2 Mio. entstehen, wenn man den Bedarf an EOK zu Grunde legt, den die hessischen Bildungsträger zuvor für das Jahr 2023 angemeldet hatten.

Zudem machte der Brief deutlich, dass im Jahr 2022 alleine bis November noch rund 26.000 Menschen mit einer entsprechenden Teilnahmeberechtigung in Hessen auf den Beginn eines vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geförderten Integrationskurs warteten. Durch den Wegfall der EOKs Mitte des Jahres 2023 würde diesen Menschen die Möglichkeit genommen werden, in der Wartezeit auf einen Integrationskurs erste Sprachkenntnisse zu erlangen. Zudem sei davon auszugehen, dass der Bedarf im Verlauf des Jahres 2023 durch weitere Zuwanderung sowie durch die vom Bund beschlossene Öffnung der Integrationskurse für weitere Zielgruppen steigen würde und die Begünstigten somit mit noch längeren Wartezeiten rechnen müssten.

Die Vorbemerkung der Fragestellerinnen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Wie bewertet die Landesregierung den Inhalt des Briefes des Hessischen Volkshochschulverbandes?

Die Landesregierung teilt die Auffassung der Autoren des Schreibens und sieht die Erstorientierungskurse als sinnvolle Ergänzung der Sprachförderlandschaft an.

Frage 2. Ist die Landesregierung bereit im Sinne der Aufforderung des Briefes tätig zu werden und auf Bundesebene auf eine entsprechende Änderung hinzuwirken?

Ja.

Frage 3. Wie viele vom BAMF finanzierte Integrations- und Erstorientierungskurse mit wie vielen Kursplätzen insgesamt gab es seit Beginn des Jahres 2022 bis jetzt in Hessen? Bitte aufschlüsseln nach Integrationskurs/Erstorientierungskurs und Landkreis/kreisfreie Stadt unter Angabe der Teilnehmendenzahlen.

Da es sich sowohl bei den Integrationskursen als auch bei den Erstorientierungskursen um reine Bundesangebote handelt, liegen der Landesregierung hierzu keine Informationen vor.

Frage 4. Wie bewertet die Landesregierung die Versorgung von Zugewanderten und insbesondere von Geflüchteten mit Deutschkursen in Hessen aktuell?

Die Landesregierung sieht die teilweise langen Wartezeiten auf einen Integrationskurs kritisch.

Frage 5. Mit Blick auf die hohe Anzahl der Zuzüge von ukrainischen Geflüchteten sowie Asylsuchenden aus anderen Herkunftsländern im vergangenen Jahr: Ist nach dem sich abzeichnenden Wegfall der Erstorientierungskurse ab Juli 2023 von der Landesregierung beabsichtigt, das Budget für das Landesprogramm „MitSprache - Deutsch4U“ als substituierende Maßnahme entsprechend der von den Bildungsträgern gemeldeten Bedarfe aufzustocken?

Die Landesregierung prüft dies derzeit.

Frage 6. Ist seitens der Landesregierung eine Maßnahme geplant, damit die Bildungsträger, die ab Juli keine Erstorientierungskurse in Hessen mehr anbieten können, das bis dahin mit den EOK betraute Personal halten können?

Den Trägern der Erstorientierungskurse wurde bereits nahegelegt zu prüfen, inwieweit eine Antragstellung im Landesprogramm „MitSprache – Deutsch 4U“ für sie in Frage kommt.

Wiesbaden, 12. April 2023

In Vertretung:  
**Anne Janz**